

Bonn, den 28. Juni 1962

P/XVII/132

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Vor der Reise

80

Zum Staatsbesuch des Bundeskanzlers
in Frankreich
Von G. Markscheffel

2a

Sieg der Sauberkeit

36

Der Fibag-Affäre zweiter Akt
Von Albert Exler

3a- 4

"Im Zeichen wachsender Dynamik"

77

Zum Jahresbericht der Deutschen Forschungsgemeinschaft
Von Dieter Bielenstein

5

Zensurtendenzen in Rheinland-Pfalz

35

Kultusminister kontra Landesjugendring
Es geht um eine Broschüre über den Nationalsozialismus
Von Lothar Schwarz - Mainz

6 - 7

Deutsche Einheit und politische Bildung (Teil 2)

87

Eine aufschlussreiche Tagung des Kuratoriums
Unteilbares Deutschland
Von Hermann Bortfeldt

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Vor der Reise

Zum Staatsbesuch des Bundeskanzlers in Frankreich

Von G. Markscheffel

Anfang kommender Woche wird Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer in Paris sein und von dort aus, nach einem dreitägigen Aufenthalt mit politischen Gesprächen, die Städte Rouen, Bordeaux und Reims besuchen. Das Programm lässt erkennen, dass Staatspräsident de Gaulle Wert darauf legt, seinen Gast möglichst vielen Franzosen zu zeigen, wobei die Abschiedszeremonie in Reims am 8. Juli mit einer Truppenparade und einer Messe in der ehrwürdigen Kathedrale ohne Zweifel der spektakuläre Höhepunkt dieses Staatsbesuches sein soll.

Mit der Kathedrale von Reims verbinden sich die Gedanken an Jeanne d'Arc mit dem Gedenken an die grauenvollen deutsch-französischen Kämpfe des Krieges von 1870/71 sowie des ersten und zweiten Weltkrieges. Reims und seine Kathedrale, die blutgetränkte Erde mit ihren Hunderttausenden von Holzkreuzen bekannter und unbekannter Soldaten vieler Nationen sind europäische Geschichte. De Gaulle weiss, wie wirksam gerade in Reims eine Demonstration der deutsch-französischen Verständigung ist. Adenauer weiss es auch.

Mit den Ehren eines Staatspräsidenten

Der Besuch Dr. Adenauers birgt einige protokollarische Merkwürdigkeiten in sich. General de Gaulle ist der Staatspräsident von Frankreich, während Dr. Adenauer Kanzler der Bundesrepublik ist. Als Bundespräsident Lübke vor jetzt einem Jahr den Staatsbesuch in Frankreich machte, erwies man ihm selbstverständlich die Ehren eines Staatspräsidenten. Sein Besuch beschränkte sich jedoch auf Paris und die nähere Umgebung. Adenauers Aufenthalt in Frankreich wurde vom französischen Protokoll so organisiert, dass man annehmen könnte, man halte ihn - Dr. Adenauer - für den Präsidenten der Bundesrepublik.

Aber das ist wohl zu weit gegriffen; wahrscheinlich wird der Bundeskanzler deshalb so prunkvoll in Paris und in den anderen Städten empfangen, weil man demonstrieren will, für einen wie grossen Europäer man ihn hält.

"Europäer" Adenauer

"Europäer Adenauer" - mit dieser Bemerkung sind wir noch einmal bei der Fragestunde des Bundestages am Mittwoch dieser Woche angelangt, in der das Parlament vom Bundesausserminister andere Vorstellungen über die deutsche Europa-Politik hören konnte, als jene, die noch vor kurzem von Bundeskanzler Dr. Adenauer und Staatspräsident de Gaulle geäussert wurden. Herr Schröder erklärte im Bundestag, er lege die Auffassungen der Regierung dar, aber fast zur gleichen Zeit hat Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauss die Version einer deutschen Europa-Politik gegeben, die in mehrfacher Hinsicht abweichend genannt werden könnte.

Nun ist ja wohl kaum zu vermuten, dass Bundeskanzler Dr. Adenauer während seines Frankreich-Besuches sehr viel andere Gedanken über die deutsche Europa-Politik hegen wird als sein Außenminister. Täte er dies, dann müsste er damit rechnen, dass ihm die Mehrheit des Bundestages nach seiner Rückkehr vielleicht die Gefolgschaft versagt.

Europäer de Gaulle

In einer ähnlichen Situation befindet sich Staatspräsident de Gaulle. Als vor knapp drei Wochen die französische Nationalversammlung Klarheit über die Europa-Politik der Regierung haben wollte, verweigerte Ministerpräsident Pompidou die Aussprache, worauf der Mehrheit des Hohen Hauses nichts anderes übrig blieb, als demonstrativ das Plenum zu verlassen. Staatspräsident de Gaulle hat sich dadurch nicht stören lassen und die ihm zur Seite stehende Regierung auch nicht.

Es ergibt sich also die merkwürdige Situation, dass zwar die Parlamente zweier Völker, die Jahrhunderte lang im Kriege miteinander lagen, eine gemeinsame Auffassung von der zukünftigen Europa-Politik haben, dass man jedoch von dem Staatsoberhaupt des einen und von dem Regierungsoberhaupt des anderen Volkes nur hoffen kann, sie würden ihre eigenen Entschlüsse in den Rahmen der Vorstellungen ihrer jeweiligen Parlamente stellen.

Gute Wünsche

Der Bundeskanzler steht also vor der Lösung einer nicht einfachen Aufgabe. Er will - und das ist gut so! - die endlich zustandgekommene Freundschaft zwischen dem französischen und deutschen Volk festigen. Die guten Wünsche der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, auch der 17 Millionen Deutschen hinter der Zonengrenze, begleiten Dr. Adenauer auf diese Reise.

Die gleichen guten Wünsche umfassen den aktuellen politischen Teil dieser Reise, bei dem ja sicher auch über die zukünftige Europa-Politik beider Länder gesprochen werden wird. Hierbei sollte sich der Bundeskanzler bewusst sein, dass die Freundschaft zwischen Bonn, Washington und London, zwischen Bonn, Brüssel, Rom und Luxemburg, sowie zwischen Bonn und den skandinavischen Hauptstädten, zu Österreich und zur Schweiz ebenso gewichtig und wertvoll ist, wie die Freundschaft zwischen Bonn und Paris.

Dem Bundeskanzler steht für die Lösung dieser Aufgabe ein gutes Fundament zur Verfügung. Das ist das Ergebnis der Europa-Aussprache im Bundestag vom Mittwoch dieser Woche. Weiss er dieses Kapital gut zu nutzen, dann wird er sicher auch auf seinen Freund de Gaulle Eindruck machen.

Sieg der Sauberkeit

Der Fibag-Affäre zweiter Akt

sp - Mit der knappen Mehrheit von nur zwei Stimmen bei vier Stimmenthaltungen hat der Bundestag die Rückverweisung des Dahlgrün-Berichtes des Strauss-Fibag-Untersuchungsausschusses beschlossen. Die Sozialdemokraten hatten schon lange vor dieser kurzen Bundestagssitzung, über der eine knisternde Spannung lag, angekündigt, dass sie einen derartigen Antrag stellen werden, überliessen jedoch der FDP den Vortritt. Für die CDU/CSU gab es dann die unvermeidliche schwarze Stunde. Der Sinn für Sauberkeit im öffentlichen Leben und das Gespür dafür, dass es die Ehre des Parlaments erfordert, nicht in der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck erstanden zu lassen, der Bundestag sei nicht bereit, volles Licht in dunkle Angelegenheiten zu bringen, sprengten den Rahmen der Koalition. Nun kann der zweite Teil der Fibag-Affäre über die Bühne gehen.

Die Mehrheitsmitglieder dieses Untersuchungsausschusses haben dem Verteidigungsminister Strauss einen überaus schlechten Dienst erwiesen, als sie, sozusagen im Schnellverfahren, diese peinliche Geschichte eriedigen wollten. Wäre es nach ihnen gegangen, wäre Strauss im Zwielicht geblieben, die tollsten Gerüchte hätten sich an seinen Namen geknüpft und schlimmer noch, im Volke wäre das für eine Demokratie verheerende Gefühl entstanden, die grösste Regierungspartei sei mit Dingen, die nicht in Ordnung sind, einverstanden. Es lag ja ein Auftrag des Bundestages vor, diese Fibag-Affäre, in die sich ein Strauss wohl unüberlegt und aus Leichtsinne stürzte, in allen zu verfolgenden Einzelheiten zu klären. Die Mehrheit des Ausschusses, wohl aus falsch verstandener Loyalität zu einem Minister, nahm diese Aufgabe recht mangelhaft wahr, sie liess Verfahrensverstösse zu, verzichtete auf die weitere Einvernahme von wichtigen Zeugen, gab, ohne dazu befugt zu sein, noch während des Verfahrens eine Ehrenerklärung für Strauss ab - eine für einen Parlamentsausschuss höchst unzulässige Verhaltensweise. Dies liess sich die Mehrheit des Bundestages nicht gefallen. Sie handelte nicht parteipolitisch, sie trug einem selbstverständlichen Gebot der Wahrung der Sauberkeit im öffentlichen Leben Rechnung.

So kurz diese Sitzung im Parlament war, so bedeutungsvoll bleibt sie in der Geschichte unserer Demokratie. Strauss und seine Freunde mögen in sich gehen, sie sind die Geschlagenen dieser Stunde.

"Im Zeichen wachsender Dynamik"

Von Dieter Bielenstein

"Die Forschungen in der Bundesrepublik und die Maßnahmen zu ihrer Förderung standen 1961 im Zeichen einer wachsenden Dynamik". Das ist das zusammenfassende Ergebnis des soeben veröffentlichten Jahresberichts der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die vom 28. bis 30. Juni in Hannover zu ihrer Jahrestagung und Mitgliederversammlung zusammentritt. Der Katalog der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im vergangenen Jahr erfolgreich gelösten wichtigen Aufgaben und noch weiterreichenden Pläne für die Zukunft zeigen, daß sich diese unabhängige Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft, unter Beteiligung von Bund, Ländern und Wirtschaft, bewährt hat.

Bewegliche Forschungsfinanzierung

Mit 86,3 Millionen DM wurden im Jahr 1961 Forschungsprojekte von besonderer Bedeutung gefördert. Allerdings mußte die Forschungsgemeinschaft, der alle Hochschulen, die Akademien der Wissenschaften, die Max-Planck-Gesellschaft und weitere führende wissenschaftliche Gesellschaften und Anstalten als Mitglieder angehören, dabei Vorgriffe auf das nächste Haushaltsjahr machen, da sie nur Zuwendungen in Höhe von rund 71,8 Millionen DM erhielt.

Neben dem "Normalverfahren" mit 40,6 Millionen DM wurden allein für Schwerpunktprogramme rund 27,8 Millionen DM bewilligt, für Habilitandenstipendien 1,7 Millionen DM, für elektronische Rechenanlagen und andere Großgeräte 14,1 Millionen DM und für die wissenschaftlichen Bibliotheken rund 1,6 Millionen DM. - Alle diese Summen dienten der zusätzlichen Förderung der Forschung aus allen Bereichen so weit die Forschungsprojekte von besonderer Wichtigkeit waren und die Kosten aus den laufenden Etats der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen nicht bestritten werden konnten.

Dieses System einer beweglichen Forschungsfinanzierung nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten mit dem Blick auf das Ganze - über regionale institutionelle und Fachbereichsgrenzen hinweg - ist inzwischen unerlässlich geworden. 24 Prozent der Mittel wurden für die Geisteswissenschaften, 21 Prozent für die Medizin, 31 Prozent für Naturwissenschaften, 14 Prozent für Ingenieurwissenschaften und 10 Prozent für Landbau-, Veterinär- und Forstwissenschaften aufgewandt.

Förderung des Nachwuchses

Wieder hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft im vergangenen Jahr durch zwei Denkschriften, zur Lage der Weltraumforschung und der Soziologie und Politischen Wissenschaft, Vorschläge zum systematischen Ausbau einzelner Forschungsgebiete unterbreitet. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Instituten und Forschern wurde durch genaue Information verstärkt. 385 Stipendien und Habilitandenstipendien dienten der vorrangig gewordenen Förderung des qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses. Durch 181 Reisebeihilfen wurden Untersuchungen im Ausland, immer mehr auch in Übersee, ermöglicht. Doch das alles ist nur ein Ausschnitt aus dem stets umfangreicher werdenden Tätigkeitsgebiet der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Andere Aktivitäten

Ebenso bedeutsam war die Arbeit der 19 Kommissionen, die vielfach die Parlamente und Behörden vor allem bei der Vorbereitung der Gesetzgebung beraten konnten. Eine Kommission zur Prüfung fremder Stoffe bei Lebensmitteln wurde neu gegründet, die Errichtung von zwei weiteren Kommissionen für Luftreinhaltung und für Lärmbekämpfung beschlossen. Die Farbstoffkommission erarbeitete eine Liste von Lebensmittelfarbstoffen und verabschiedete Empfehlungen für die Färbung von Arzneimitteln, Tabakwaren, Ostereiern, Kinderspielzeug und die Verpackung von Lebensmitteln.

Die Kommission für vordringliche sozialpolitische Fragen schlug vor, in der Forschung künftig einen Schwerpunkt "Voraussetzungen, Motive, und Wirkungen der sozialen Umverteilung" zu bilden. Dabei sollen exakte Grundlagen der "sozialstatistischen Darstellung der Bevölkerung, der Einkommensschichtung und der Verbrauchsschichtung, eine Analyse der äusseren Erscheinungsformen der sozialen Sicherheit, ein Vergleich ausländischer Sozialsysteme und eine Analyse ökonomischer und finanzpolitischer Probleme und Wirkungen des Umverteilungsprozessen" gewonnen werden. Doch dieses sind nur Beispiele dafür, welche unmittelbare Bedeutung für die Öffentlichkeit die Ergebnisse der Kommissionen erlangen können. Der Katalog ihrer Aufgaben reicht von der Krebsforschung über die Atomphysik bis zur Ozeanographie.

Aufgaben für die Zukunft

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat in einer Denkschrift darauf hingewiesen, daß die Kosten der Forschung in den nächsten Jahren steil ansteigen werden. Für 1965 schätzt sie ihren Finanzbedarf auf 132 bis 144 Millionen DM. Doch vom Stand der Forschung hängt nicht nur die weitere Entwicklung unserer Wirtschaft ab, sondern auch die auf sicheren Grundlagen arbeitende Gesetzgebung, letzten Endes sogar die Ordnung unserer freien Gesellschaft. Die Förderung der Forschung ist auf die Öffentliche Hand auch in Zeiten angespannter Haushalte angewiesen, denn die Finanzierung unmittelbar durch die Wirtschaft kann und soll nur zusätzlich erfolgen.

Die notwendigen Finanzmittel bereitzustellen, die bewährte Form der Forschungsförderung durch die unabhängige Deutsche Forschungsgemeinschaft zu wahren, sind daher auch Aufgaben für die Zukunft.

* * *

Zensurtendenzen in Rheinland-Pfalz

Von Lothar Schwartz - Mainz

Das rheinland-pfälzische Kultusministerium mit seinem Hausherrn Dr. Eduard O r t h. (CDU) wird im Vorfeld des Wahlkampfes für die im Frühjahr 1963 stattfindenden Neuwahlen zum Mainzer Landtag immer stärker zur "Achillesferse" des durch die CDU-Stimmenverluste der Bundestagswahl ohnehin höchst beunruhigten Altmeier-Kabinetts. Seine Schul- und Kulturpolitik liefert nicht nur der sozialdemokratischen Landtagsopposition, sondern in zunehmendem Maße überparteilichen Verbänden und um die Meinungsfreiheit und Toleranz in Rheinland-Pfalz besorgten Einzelpersönlichkeiten Ansatzpunkte zu heftiger Kritik.

Das Unbehagen der Ortschen Parteifreunde in Kabinett und Parlament wurde vor wenigen Tagen durch eine Entschliebung des Landesjugendringes verstärkt, in der die Jugendverbände - selbst die Vertreter der katholischen Organisationen enthielten sich nur der Stimme - die negative Beurteilung einer Broschüre durch einen anonymen Lektorenkreis des Ministeriums aufs Korn nehmen. Die vom Landesjugendring kostenlos verteilte Schrift enthält ein Referat des hessischen Generalstaatsanwaltes Dr. Fritz B a u e r über "Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns". Das Mainzer Kultusministerium hatte die Weiterleitung von 2 COO Exemplaren an die Oberstufenschüler und -lehrer der Höheren Lehranstalten und berufsbildender Schulen mit der knappen Begründung abgelehnt, die Schrift sei "im einzelnen sachlich fragwürdig und von einer einseitigen Betrachtungsweise diktiert". Die Delegierten des Landesjugendringes dagegen halten sie für einen ausgezeichneten Diskussionsbeitrag zur Aufhellung der geistigen Hintergründe der nationalsozialistischen "Machtergreifung", der von jungen Menschen zwischen 16 und 18 Jahren gelesen und diskutiert werden sollte, um ihre Sicht des Phänomens Faschismus und Diktatur zu vertiefen.

In der bekannten Manier des betroffenen und für diesen Vorgang verantwortlichen CDU-Ministers ließ Dr. Orth die aus dem Etat seines Kabinettschefs finanzierte Korrespondenz "Die Lupe" jetzt die Meinung publizieren, es gebe "so viele objektive, von keiner einseitigen Betrachtungsweise diktierte Darstellungen" zu diesem Thema, daß "man getrost auf die Bauer'sche Broschüre verzichten kann". Für die Grundhaltung in der Spitze dieses Mainzer Ministeriums ist die anschließende Frage bezeichnend: "Oder ging es vielleicht darum, der Jugend ein Gesichtsbild nahezubringen, das weniger von der historischen Forschung als vielmehr von bestimmten politischen Absichten bestimmt ist?" (Generalstaatsanwalt Dr. Bauer ist SPD-Mitglied!) Für den politischen Stil dieses Ministers ist es weiter symptomatisch, daß er die von ihm herangezogenen vier Gutachter namentlich nicht zu nennen bereit ist und auch eine sachliche, im einzelnen belegte Begründung für ihr Urteil dem Landesjugendring hartnäckig vorenthält.

Eine inzwischen eingebrachte Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion wird dem Kultusminister in der Parlamentssitzung am 10. Juli dazu zwingen, diese "Versäumnisse" nachzuholen, wobei sich bereits jetzt eine Grundsatzdebatte über das geistige Klima und die Freiheit der Meinungsäußerung in Rheinland-Pfalz sowie über die wiederholten Versuche einer ministeriellen Vorzensur abzeichnet.

Deutsche Einheit und politische Bildung (Teil II)

Von Hermann Bortfeldt

Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat im Rahmen der "Berlin-Woche" in München eine Tagung über "die deutsche Frage im Bildungswesen" abgehalten. Auf der Tagung wurden vier Arbeitskreise gebildet.

Fachleute unter sich, dazu die Möglichkeit, sich über ganz spezielle Themen in Ruhe auszusprechen. Das ist das grosse Plus solcher "Tagung innerhalb einer Tagung", welche durch das System der speziellen Arbeitsgruppen bewirkt wird. Man kommt auf diese Weise vom Deklamatorischen weg, man begrüsst sich nicht mehr in langen Reden, sondern stellt sich einander vor und geht gleich in medias res.

An Überraschungen mangelt es nicht. Jeder beachtet dasselbe Fachgebiet. Aber jeder auf einem anderen geographischen Gebiet und mit anderem Publikum. Jeder macht andere Erfahrungen. Mancher hat sich ein System ausgedacht, das er seit Jahren praktiziert und auf das er stolz ist und das nun plötzlich im Kollegenkreis Kopfschütteln hervorruft.

Grundübel unserer Tage

Das passiert einem Erwachsenenbildner, der hier ein Kursusmodell skizziert und der alles auf einen Patriotismus-Begriff gestützt hat, den die anderen nicht akzeptieren. Ein Polizeilehrer erzählt im Arbeitskreis für Erwachsenenbildung, dass es ihm bei allen Vorträgen und Filmvorführungen über die unbewältigte Vergangenheit immer wieder entgegenschallt: "Tendenz"! "Der Politik-Lehrer gilt bei den 30- bis 50jährigen als Politruk, besonders bei denen, die bei der Truppe standen. Es ist sehr schwer, an sie heranzukommen!"

Eine Lehrerin, die freimütig bekennt, Jahrgang 20 zu sein, weist darauf hin, dass die "unbewältigte" Zeit für solche Männer "die besten Jahre ihres Lebens" darstelle. Die könne man nicht ohne weiteres abschreiben. Alle geben das zu und sagen, dass man als Pädagoge und Psychologe diese Dinge berücksichtigen müsse.

Ein jüngerer Lehrer, als Erwachsenen-Bildner an einer Technikerschule tätig, beklagt sich, er als Jüngerer müsse Ältere über Ebert, Brüning, Hitler belehren. Aber diese Älteren haben ein ganz anderes Bild von jener Zeit als er und halten ihm entgegen: "Was wollen Sie, wir haben das doch selbst erlebt!" Über diese Schwierigkeit jedoch, fügt er hinzu, käme er schliesslich immer wieder hinweg. Schlimmer sei es eigentlich um seine Altersgenossen bestellt, bei denen - und hier findet er allgemeine Zustimmung; leider, leider - herrsche Uninteressiertheit vor. Alle wollen in ihrem Beruf vorwärtskommen, alle wollen sich spezialisieren, Geld verdienen, nichts als das! Der Arbeitskreis ist sich einig, hier an ein Grundübel unserer Tage getippt zu haben, will aber das Thema nicht vertiefen.

Um die Rangordnung der Werte

Dennoch verliert sich die Diskussion nun ins Theoretische. Es geht um die Rangordnung der Werte. Soll man in der Wiedervereinigungsfrage von der Nation ausgehen? Muss man eine historische Parallele zu der Zeit ziehen, in der uns andere Nationen, Nachbarnationen, daran hinderten, unsere Einheit herzustellen? Wie leicht vergisst man darüber, dass heute soziale und ideologische Aspekte hinzugekommen sind, und dass unser Anspruch auf Wiedervereinigung heute mit Hilfe der Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechts, des Rechts auf Freiheit, kurzum dem Begriffsarsenal der Demokratie begründet werden muss.

Wir müssen, fasst der Arbeitskreisleiter Dr. Hans Tietgens klar und entschieden zusammen, in den grossen nationalpolitischen Fragen heute anders reagieren als es das Deutschland von 1919 und 1933 tat. Damals hat man alles Übel "den anderen" zur Last gelegt. Heute dürfen wir nicht alles, was uns missfällt, der Bundesrepublik zur Last legen, sondern müssen fragen, was vorher war. Vor allem gilt es, den provinziellen Standpunkt zu überwinden. Das ist die Aufgabe der politischen Bildungsarbeit, den Menschen klarsichtig zu machen auch für die Weltprobleme, ihn gesprächsfähig und entscheidungsfähig zu machen.

Stufenplan für politische Bildungsarbeit

Der vom Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, Dr. Messerschmid, geleitete Arbeitskreis für mittlere und höhere Schulen entwickelte einen Stufenplan für die politische Bildungsarbeit an diesen Schulen, der von der Information über die Diskussion bis zur Aktion aufsteigt. Der von dem Stuttgarter Oberschulrat Seitzer geleitete Arbeitskreis für Volks- und Berufsschulen verschaffte sich eine Übersicht über den gegenwärtigen Stand der politischen Bildungsarbeit in diesen Schulen und gab der Hoffnung Ausdruck, dass im kommenden neunten Schuljahr etwas mehr Zeit für diesen Unterrichtsstoff bleiben möge. Den Arbeitskreis für Pädagogische Hochschulen leitete Professor Thomas Ellwein von der Hochschule für Erziehung an der Frankfurter Universität. Hier konnte festgestellt werden, dass die politische Bildungsarbeit im Laufe der letzten Jahre zwar mehr als früher in die Lehrerbildung eingebaut worden ist, doch sind die Unterschiede von Land zu Land noch gross.

Im "Plenum" nach Schluss der Tagung konnten die Fachleute zu den Arbeitsergebnissen der einzelnen Arbeitskreise Stellung nehmen. Hier zeigte sich, wie fruchtbar diese Begegnung gewesen ist, deren Bedeutung über den schulischen und Bildungsbereich hinausgeht und für die man dem Kuratorium Unteilbares Deutschland nur dankbar sein kann.